

### Betroffene arbeiten Geschichte der Berufsverbote und der politischen Verfolgung auf

Mit der Zielsetzung, linke Kritiker aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten bzw. durch entsprechende Maßnahmen einzuschüchtern und abzuschrecken, verabschiedete die Konferenz der Ministerpräsidenten am 28. Januar 1972 den sogenannten Radikalenerlass. Die Folgen: Etwa 3,5 Millionen Personen wurden politisch überprüft. Die Geheimdienste meldeten den Einstellungsbehörden zwischen 25.000 und 35.000 „verdächtige“ Bewerber\*innen. Mehr als 10.000 Berufsverbotsverfahren wurden eingeleitet, etwa 2.250 Bewerber\*innen nicht eingestellt und 256 Beamt\*innen entlassen. Die Dunkelziffer dürfte erheblich höher liegen.

**Die bundesweite Wanderausstellung mit dem Titel „Vergessene“ Geschichte: Berufsverbote – Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland wird noch bis zum 17. Dezember von der Niedersächsischen Initiative gegen Berufsverbote im Veranstaltungszentrum Rotation der ver.di-Höfe in Hannover (Goseriende 10) erstmalig der Öffentlichkeit präsentiert.**

Sechs vom Berufsverbot betroffene niedersächsische Lehrerinnen und Lehrern erstellten die Ausstellung, die in der Folgezeit in Gewerkschaftshäusern, Bildungseinrichtungen, Schulen, kirchlichen Räumen, Rathäusern und ggf. auch in Landtagen gezeigt werden soll. Unterstützt wurden sie bei ihrem einmaligen Projekt, das 20 Ausstellungstafeln und eine Begleitbroschüre umfasst, u. a. vom DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, der GEW Niedersachsen, dem Bildungswerk ver.di sowie namhaften Autoren, Künstlern und Fotografen.

Anschaulich zeigt die bundesweite Wanderausstellung die Kontinuität von Verfolgung und Repression auf, wobei sie auf historische Vorbilder und Konsequenzen der Politik der Einschüchterung verweist – von den „Göttinger Sieben“,

über die „Sozialistengesetze“ bis zum Umgang des NS-Regimes mit oppositionellen Kräften. Die bundesdeutsche Entwicklung nimmt breiten Raum ein: Nachkriegsjahre, die Zeit der Militarisierung und Repression, Post- und Telefonüberwachung bis hin zur Studentenbewegung. Die verfassungswidrigen Berufsverbote der 1970er und 1980er Jahre werden detailliert dargestellt. Die internationale Solidarität und die heutigen Forderungen der Betroffenen nach Rehabilitierung – einige von ihnen werden selbst gegenwärtig noch mit Rentenkürzungen abgestraft – sind ebenfalls Bestandteil der Ausstellung.

Die Präsentation der Ausstellung in Hannover erfolgt im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Totale Kontrolle – Überwachungswahn und das Ende der Freiheit“. Der Eintritt ist frei. Führungen durch die Ausstellung können beim Bildungswerk ver.di (Tel.: 0511/12400414) angemeldet werden. Eine Begleitbroschüre mit Reproduktionen der 20 Ausstellungstafeln ist im Rahmen der Ausstellung und über den Buchhandel (ISBN 978-3-930726-25-7) erhältlich. Oder auch zum Download im Internet unter [www.gew-nds.de/html/euw/material/Begleitheft\\_Wanderausstellung.pdf](http://www.gew-nds.de/html/euw/material/Begleitheft_Wanderausstellung.pdf).

Aufgrund der starken Nachfrage wurde bereits kurz nach der Eröffnung ein Duplikat der bundesweiten Wanderausstellung erstellt, sodass künftig zwei Ausstellungen in Gewerkschaftshäusern, Bildungseinrichtungen, Schulen und Universitäten sowie Rathäusern und kirchlichen Einrichtungen über die Thematik informieren.

